

[Die Verhandlungen der Regierung mit den Kohlenhändlern.] In der letzten Zeit haben, wie bereits mitgeteilt worden ist, Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierung und des Kohlenhandels stattgefunden, um sich darüber zu unterrichten, unter welchen Voraussetzungen der Kohlenhandel sich verpflichten könnte, die Preise nicht, beziehungsweise nur mit Zustimmung der Regierung zu erhöhen, wie dies seitens der Kohlenwerke zugesagt worden ist. Diese Verhandlungen sind unterbrochen worden, und es ist fraglich, ob sie wieder aufgenommen werden. Die Vertreter des Kohlenhandels erklärten, daß eine solche Vereinbarung in jeder andern Branche eher erzielt werden könnte als im Kohlenhandel, der nicht organisiert sei und bei dem mehrere hundert Firmen in Betracht kommen. Dazu treten noch die Schwierigkeiten hinsichtlich der ausländischen Kohle, deren Verkäufer zu Höchstpreisen nicht verhalten werden könnten. Da es sich zeigte, daß eine Einigung nicht zu erreichen sei, sind diese Verhandlungen unterbrochen worden.